

„Zusperrern und den Schlüssel wegschmeißen“

Bürgerliste lehnt Gewerbegebiet in der Muna weiter ab – Sozialer Wohnungsbau dringend nötig

Schierling. (lab) Die Bürgerliste hat bei einer öffentlichen Versammlung ihren Standpunkt bekräftigt, einem Gewerbegebiet im ehemaligen Munitionsdepot nicht zuzustimmen. Derzeit entwickelt ein Zweckverband einen Flächennutzungsplan für die rund 176 Hektar große ehemalige Militärfläche. Für einen Neubau des Rathauses sei laut Bürgerliste derzeit kein Geld vorhanden. Weiter rief der Verein zur Unterstützung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ auf.

Vorsitzende Claudia Buchner konnte laut einer Mitteilung der Bürgerliste nicht nur den erweiterten Vorstand und die drei Marktgemeinderäte, sondern auch einige interessierte Gäste und zwei neue Mitglieder begrüßen. Sie erinnerte, dass bereits in einem Jahr die nächste Kommunalwahl ansteht.

Bei der Nachnutzung der Muna bleibt die Bürgerliste bei ihrer von Anfang an vertretenen Forderung, die Fläche so zu belassen wie sie ist.

Dies schließe auch eine Nachnutzung als Gewerbegebiet aus, auch wenn es nur ein kleiner Teil sei. Bereits 2008 habe die Bürgerliste gefordert, die verlassene Muna zuzusperrern und „den Schlüssel wegschmeißen“. Die Absicht des Bundes, hier Ausgleichflächen für Straßenbaumaßnahmen zu schaffen, werde ausdrücklich begrüßt, sagte Buchner. Der Markt hätte Gewerbegebiete genug.

Gemeinderat Rudi Eisenhut hat das Gefühl, dass dort bereits das „Fell des Bären verteilt werde, bevor dieser erlegt wird“. Einige Verbandsräte im Gremium würden sich bereits Gedanken über Details machen, die zurzeit überhaupt nicht zur Diskussion stünden. Der von Schierling und Langquaid gegründete Zweckverband habe nur das Mandat zur Entwicklung eines Flächennutzungsplans, sonst nichts. Eine Nutzung der Muna könne nur ein qualifizierter Bepflanzungsplan regeln, aber soweit seien beide Ge-

meinden noch lange nicht und einem Gewerbegebiet werde die Bürgerliste nicht zustimmen.

Derzeit kein Geld für neues Rathaus

Einem Neubau des Rathauses zum jetzigen Zeitpunkt stehen die drei Gemeinderäte der Bürgerliste sehr skeptisch gegenüber. Die Gemeinde habe derzeit einfach kein Geld dafür. Der Markt lebe von der Hand in den Mund, meinte Gemeinderat Dr. Johann Straßer. Die jährliche Kreditaufnahme betrage genau der Höhe der Tilgung von Krediten. Zudem müsse wohl zur Finanzierung der vielfältigen Investitionen ein zusätzlicher Kredit aufgenommen werden. Die Gemeinde habe in den letzten Jahren sehr viel gestemmt: Gewerbe- und Neubaugebiete, Bau der Feuerwehr in Schierling, Dorfgemeinschaftshaus in Pinkofen, Kindergärten und vieles mehr. Aber es müsse auch wieder

eine Phase der Beruhigung des Haushalts eintreten, meinte Straßer. Zudem sei man wie die Freien Wähler auch der Meinung, dass der Standort nicht festzementiert sei. Die Bürgerliste empfindet als einen Fehler, andere Standorte nicht zu prüfen.

Flächenverbrauch soll gestoppt werden

Ein weiteres Problem sei der immense Flächenverbrauch in Schierling. Natürlich sei klar, dass der Bedarf an Eigenheimen vorhanden ist. Doch die Flächen im dicht besiedelten Deutschland seien nicht unendlich. Die Forderung den Flächenverbrauch zu stoppen, sei kein Monopol der Bürgerliste, der Grünen und der Umweltschützer. Bereits der CSU-dominierte Kreistag unter Landrat Mirbeth habe dies auf der ersten Seite der Agenda 2020 gefordert. Auch der plötzlich grüne Themen für die CSU vereinnahmende

Ministerpräsident Söder, fordere eine Reduzierung des Flächenverbrauchs in Bayern. Die Bürgerliste trage die Erweiterung am Regensburger Weg noch mit, aber dann sei grundsätzlich mal Schluss.

Angesprochen wurde ferner das Thema sozialer Wohnungsbau. Den Bürgern ein anständiges Dach über den Kopf zu geben, sei Aufgabe des Bundes und des Staates, sagte Buchner. Es sei ersichtlich, dass Gemeinden der Größe Schierlings dies nicht allein schultern können. Aber der Landkreis könne durchaus zusammen mit den Gemeinden eine Gesellschaft zur Errichtung von Sozialwohnungen gründen.

Beschlossen wurde die Fortführung von öffentlichen Vorträgen und Infoveranstaltungen, die gut angenommen würden. Als Gast referierte die Bund Naturschutzvorsitzende Martina Kümpfbeck über das Volksbegehren „Rettet die Bienen“, das die Bürgerliste aktiv unterstützt.